

Pulsnitzer Tageblatt

Druck- und Verlagsanstalt: Pulsnitzer Tageblatt
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pfl.: Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zellenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pfl. in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pfl.; amtlich 1 mm 30 Pfl. und 24 Pfl.; Reklame 25 Pfl. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwingender Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konturfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anwendung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großnaundorf, Brettnig, Hauswalde, Dhorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Kleinbittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 250

Sonnabend, den 25. Oktober 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil

In dem Zwangsversteigerungsverfahren des im Grundbuche für Brettnig Blatt 116 früher auf den Namen des Lederwarenfabrikanten Paul Martin Schögel in Brettnig eingetragenen Grundstücks sollen die nachverzeichneten Gegenstände, deren Versteigerung seinerzeit einstweilen eingestellt worden war, nunmehr am

12. Dezember 1930, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden, nämlich:

1 Tafel (Sortiertafel), 1 Spaltmaschine, 5 Stanzalöcher, 4 Schlegel, 20 Handstanzen, 1 Regal, 2 Walschleifer, 1 Ausstoßmaschine (alt), 1 Ausstoßtafel, 1 Presse, 15 Handschabellen, 10 Zirkelstiftler, 1 Pult, 1 Motor 1/2 PS, 2 Schreib-
tische, 2 Pulte, 1 Sessel, 1 Drehstuhl, 1 Tisch, 1 Schreibmaschine mit Tisch, 2 Stühle, 1 Nähmaschine, 1 Handmaschine, 2 Tafeln, 1 Handpresse mit Stempeln, 1 Spalt-
maschine, 1 Walzmaschine, 5 Stanzalöcher, 1 Handschlegel, 38 Handstanzen, 10 Risten, 2 Tische, 2 Regale, 1 Handwagen, 1 Dejmalmwagen, 1 Papierständer, 1 3-PS-Motor, Handkartenbestmaschine

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor Erstellung des Zuschlages die Anhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 22. Oktober 1930.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fabrikbesizers Alwin Georg Schulz in Pulsnitz, Inhabers der unter der Firma Alwin Schulz in Pulsnitz betriebenen Eisengarnfabrik, Färberei und Bleicherei wird zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigen

forderungen und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses der

Schlussfrist am 21. November 1930, vormittags 11 Uhr

vor dem Amtsgerichte Pulsnitz bestimmt. In diesem Termine sollen auch die nachträglich angemeldeten Forderungen geprüft werden.

Amtsgericht Pulsnitz, den 23. Oktober 1930.

Zur Deckung des Aufwandes für

Entschädigung bei Viehverlusten durch Seuchen und Entschädigungen für die nichtgewerblich geschlachteten Rinder

hat das Wirtschaftsministerium für das Geschäftsjahr 1930 die Erhebung einer Umlage nach dem Stande vom 2. Dezember 1929 angeordnet.

Bis spätestens zum 10. November 1930 sind zu bezahlen:

für Einbufer je 2.— RM
für Rinder bis zu 3 Monate je 0.90 RM
für Rinder über 3 Monate . . . je 5.40 RM

Mit der Erhebung dieser Beiträge wird demnächst durch einen Beauftragten des unterzeichneten Stadtrates begonnen werden.

Pulsnitz, am 24. Oktober 1930.

Der Stadtrat

Französisch-Deutsches Bündnis?

Die sechs Bedingungen des französischen Politikers Gustav Hervé an Hitler und den Stahlhelm und ihre Beantwortung

Herabsetzung von Ministergehältern — Industrieerleichterungen ermäßigt — Erfolgreiches Ende der brasilianischen Revolution

Gustave Hervé, der Herausgeber des französischen Blattes „La Victoire“, überrascht seit Tagen seine Leser mit Vorschlägen für ein Bündnis Frankreichs mit Deutschland. Hervé ist ein unbedingter Gegner des französischen Außenministers Briand. Er mißbilligt Briands Pläne zur Befriedung Europas gründlich. Hervé ist einer der interessantesten Franzosen der Gegenwart. Er hat eine bewegte politische Vergangenheit hinter sich. Ursprünglich Sozialist und Antimilitarist, verweigerte er, als der große Krieg mit Deutschland ausbrach, seinem Vaterlande den Dienst nicht. Er wandelte sich zu einem glühenden Nationalisten und wurde ein begeisterter Verehrer der Ideen, die den deutschen Nachbarn unbedingt am Boden halten wollten. Auch diese Periode hat Hervé jetzt hinter sich. Seine neuen Forderungen gehen auf Revision des Versailles Diktates hinaus und verfolgen weiter den Abschluß eines engen deutsch-französischen Bündnisses. Vorläufig steht Hervé noch einsam unter seinen Landsleuten da, aber ihn verdrängt es scheinbar nicht. Um den Kreis in Deutschland, die ebenfalls für eine Revision von Versailles kämpfen, näherzukommen, bedient sich Hervé des bekannten Verehrers einer deutsch-französischen Annäherung, Arnold Reehberg. Durch Reehberg hat Hervé bei Hitler angefragt, wie sich der Führer der Nationalsozialisten zu folgenden Bedingungen für eine deutsch-französischen Verständigung stellen würde:

1. Streichung der deutschen Reparationslasten, sobald die Vereinigten Staaten von Amerika sich mit der Annullierung der von den Alliierten an sie geschuldeten Summen einverstanden erklären.
2. Rückgabe des Saargebietes an Deutschland ohne Volksabstimmung.
3. Zustimmung Frankreichs zum Anschluß Oesterreichs an Deutschland.
4. Togo und Kamerun werden an Deutschland zurückgegeben.
5. Deutschland soll gegen ein deutsch-französisches Militärbündnis das gleiche Militärstatut wie Frankreich und Effektivbestände in Stärke der im französischen Mutterland stehenden Truppen erhalten.
6. freundschaftliche Intervention Frankreichs bei Polen für Rückgabe des Korridors an Deutschland.

Diese Bedingungen Hervés sind in seinem Blatte „La Victoire“ vom 16. Oktober veröffentlicht. Das Telegramm Hervés an Hitler ist im „Völkischen Beobachter“ vom 24. Oktober wiedergegeben. Adolf Hitler bemerkt dazu, daß er seine Antwort im „Völkischen Beobachter“ am 25. Oktober bekanntgeben werde. — Auch an den Stahlhelm sind die Bedingungen Hervés mitgeteilt worden, und der Stahlhelm hat nunmehr nach gründlicher Prüfung dazu Stellung genommen. Als Erster hat der Führer der Deutschnationalen, Geheimrat Hugenberg, in einer Rede in Stettin sich mit den Plänen Hervés beschäftigt.

Hugenbergs Antwort an Hervé.

Schon zeichnet sich folgende Möglichkeit am Horizonte der Zukunft ab: das offizielle Deutschland begehrt keine Revision, sondern sitzt feinstill. Aber das Ausland bietet ihm die Revision an. Das ist dann zwar ein Ergebnis unseres Kampfes gegen den Young-Plan, unseres Volksbegehrens und der Wahlen vom 14. September. Aber man wird es anders zu fristieren suchen. Außerdem wird es kein eheliches Angebot sein. Es wird in Wahrheit der dritte Tributplan werden. Schon jetzt — in diesen Tagen — sucht man nach bewährtem Muster, die großen Faktoren des nationalen Willens in Deutschland mitschuldig zu machen und dadurch für die späteren Phasen des Spieles lahmzulegen. Schon heute fragt man sie oder läßt sie fragen, ob sie nicht unter bestimmten, mit allerlei Fußangeln ausgestatteten Bedingungen zur Teilnahme an einem neuen Pakt bereit seien. Ich will die Frage gleich in aller Öffentlichkeit beantworten. Diejenigen Kräfte des Auslandes, die diesen Weg gehen möchten, haben vor allem den Wunsch, nicht mit einem nationalen Deutschland über die Revision zu verhandeln. Sie möchten dies nationale Deutschland vorweg stellen und nachführen und dem anderen Deutschland, dem rheinbundartigen Deutschland, eine Hilfsstellung geben. Mit ihm möchten sie verhandeln, oder sagen wir — mit Männern wie Curtius und Birch. Ihnen möchten sie ein Geschenk machen, das sich später selbstverständlich als ein Danaergeschenk herausstellen wird, um damit die nationale Bewegung in Deutschland zu dämpfen. Diese nationale Bewegung möchten sie im Grundsatz auf irgendwelche Phantasie festlegen, um später die im Haag und in Genf „bewährten“ Unterhändler der Linken wieder ebenso hereinzuliegen, wie jedesmal bisher. Dann soll dem deutschen Volke zum dritten, vierten oder fünften Male mit Rundfunk, Auslandspresse, Einschüchterung der deutschen Wirtschaft usw. ein großer Schwindel vorgemacht werden. Der nationalen Opposition aber soll demnächst die erfolgreiche Aufklärung des Volkes durch den Hinweis erschwert werden, daß sie ja „grundsätzlich“ einst zugestimmt habe, und daß man doch zunächst einmal nehmen müsse, „was man kriegen könne“. So wird man vielleicht versuchen, das sozialistisch-parlamentarische System in Deutschland zu retten. Aber ich glaube, einen solchen Versuch werden wir schon in den Anfängen abdreien. Wir führen den Kampf um die deutsche Freiheit nicht, damit die schlechtbewährten Unterhändler der Gruppen, die Deutschland so tief ins Elend hineingeführt haben (vgl. die dahin gehenden Worte und Pläne Rathenaus), Deutschland schließlich um den Erfolg unserer Bemühungen bringen können. Dies Ringen um Deutschlands Freiheit dürfen nur Männer führen, die es aus ihrer Weltanschauung heraus zu einem für unser Volk und für die Welt gefunden Ende führen

können. Ruhe und Wohlfahrt können uns und Europa diejenigen Leute nicht wiedergeben, die in ihrer Verblendung die Dinge bis an diesen Abgrund getrieben haben. Um der Zukunft der Nation willen werden wir einen rücksichtslosen Kampf gegen alle Versuche führen, das deutsche Volk nochmals zu betrügen und seines wiedererwachenden Willens zum Leben zu berauben.“

Der Stahlhelm zu Hervés 6 Punkten.

Das Bundesamt des Stahlhelms, Bund Deutscher Frontsoldaten, teilt mit: Herr Arnold Reehberg hat unter Berufung auf einen Auftrag des Herrn Gustave Hervé dem Stahlhelm sechs Bedingungen zur Verständigung vorgelegt — zu einer Zeit, wo wegen der Behauptung von Stahlhelmverhandlungen mit Frankreich ein Gerichtsverfahren schwebt, in dem Herr Reehberg als Zeuge auszusagen hat.

Die Welt weiß, daß der Stahlhelm die Streichung der Tributlasten, die Rückgabe des Saargebietes, dessen Deutschland jede Abstimmung klar erweisen würde, die Herstellung eines Großdeutschland, die Schaffung von Lebensraum durch Rückgabe gesicherten Kolonialbesitzes, die Rüstungsfreiheit und weitere Hoheitsrechte für Deutschland und die Öffnung der Korridor- wie der übrigen Ostfragen als vornehmste Aufgabe außenpolitischer Befreiungsarbeit unablässig betreibt.

Ob Herr Gustave Hervé, der Herausgeber der Zeitung „Victoire“, als bevollmächtigter Vertreter französischer Vorschläge anzusehen ist, erscheint uns nicht erwiesen, zumal die französische Frontkämpfervereinigung „Croix de feu“ die Vorschläge des Herrn Hervé öffentlich restlos abgelehnt hat. Mit Interesse sieht der Stahlhelm, wie die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Ausgleiches des Deutschland widerfahrenen Unrechts, dessen Grundlage die Kriegsschuldfrage ist, auch in Frankreich anscheinend Boden gewinnt. Der Stahlhelm hofft, daß diese Erkenntnis weitere Fortschritte machen wird.“

Herabsetzung von Ministergehältern.

Agrarmaßnahmen.

Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haushalts für 1931 faßten die Minister den Beschluß, nicht erst eine gesetzliche Herabsetzung ihrer Bezüge abzuwarten, sondern bereits ab 1. November auf 20 Prozent ihrer Gehaltsbezüge zu verzichten.

Das Reichskabinett trat schließlich auf Grund eines Vortrages des Reichsministers Schiele in eine eingehende Erörterung der zur Milderung der landwirtschaftlichen Notlage erforderlichen Maßnahmen ein.

Haushalt 1931 verabschiedet.

Die weiteren Verhandlungen des Kabinetts.

Das Reichskabinett hat in mehrstündiger Beratung den Haushalt für das Rechnungsjahr 1931 endgültig verabschiedet. Die verabschiedete Vorlage wird am 28. Oktober Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Reichskanzler, dem Reichsfinanzminister und den norddeutschen Länderregierungen, am 30. Oktober, wie bereits gemeldet, mit der sächsischen Regierung sein.

